

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivations-Zugang *24* / 19*22* Nr. *934*

Lfd. Nr.

Firma - Sache

Ort

Vom

723/48

A d o l p h Georg, Kaufmann,

Schlitz/Hessen, Seelbude 26

Ang.: Anmeldung von Besatzungsschäden

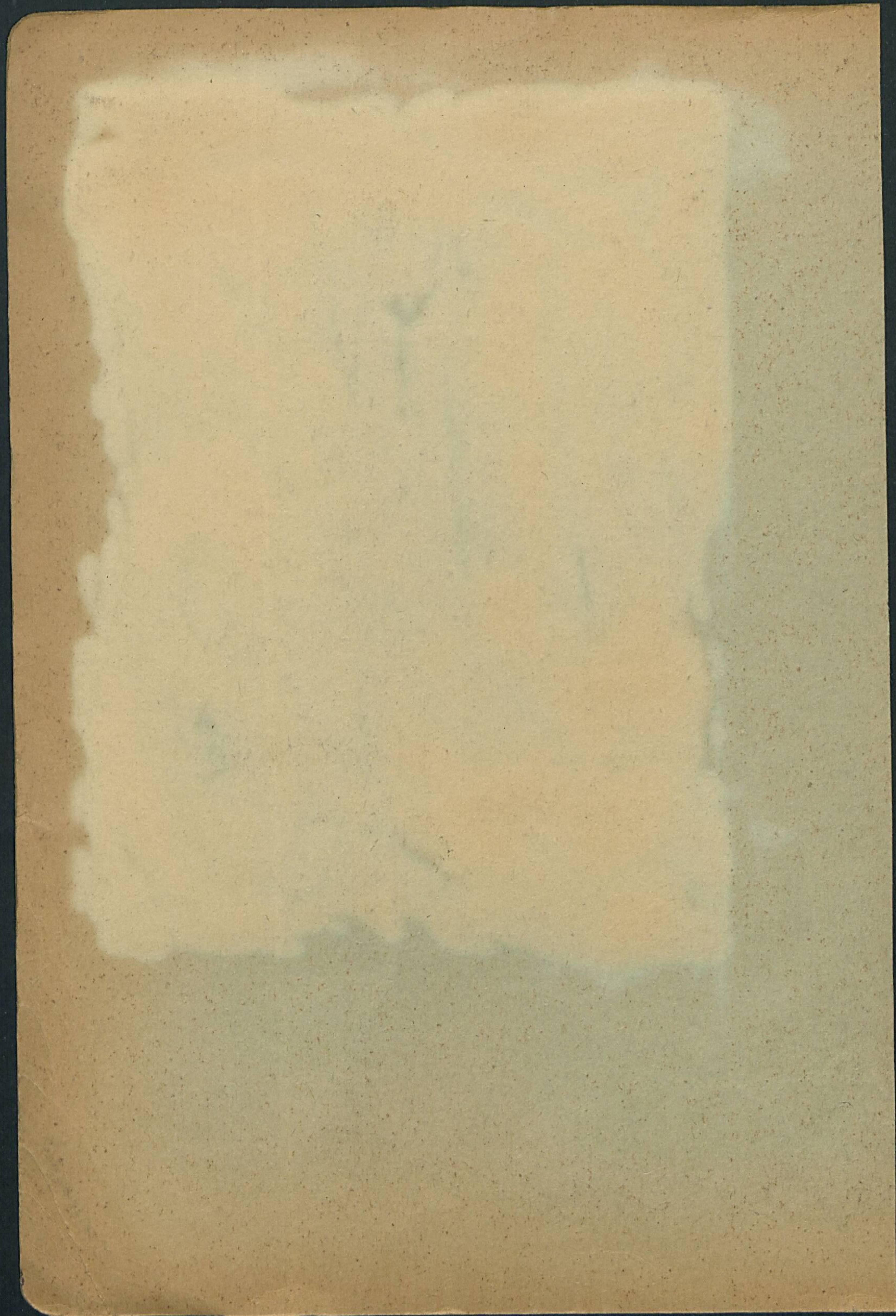


Schnellhefter
Bestell - Nr. 1

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 /1979 Nr. 418

934



Heidelberg, den 3. März 1949
-723-

Betr.: Georg A d o l p h , Kaufmann in Schlitz/Hessen

- 1 .) Aufgrund der Vereinbarung mit Herrn Dr. Otto sollen, da sich die Vorgänge in der RM-Zeit ereignet haben, keine Kosten berechnet werden.
- 2 .) Ablage. ✓

1. The first part of the report is a general statement of the purpose and scope of the study.

2. The second part of the report is a description of the methods used in the study.

3. The third part of the report is a description of the results of the study.

4. The fourth part of the report is a discussion of the results of the study.

5. The fifth part of the report is a conclusion.

6. The sixth part of the report is a bibliography.

Georg Adolph

TEXTILIEN / EINZELMÖBEL

Herrn

Dr. Hermann Heimerich,

Heidelberg.

Bankkonto:
Kreissparkasse Schlitz 242

Postscheckkonto:
Frankfurt am Main 30462

① Schlitz, 5.2.49.
Seelbude 26

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich bestätige den Eingang Ihres Geehrten vom 28.1.49. und teile Ihnen höflichst mit, dass durch das Besatzungsamt eine Entschädigung für Sachbeschädigung infolge der amerikanischen Besatzung erfolgt ist.

Für die eingereichten Schadenersatzansprüche in Höhe von

M 1 889.55

wurden mir unterm 10. Juni 1948 eine Entschädigung in Höhe von

M 971.55

bewilligt, die mir 3 Tage nach der Währungsreform auf mein Bankkonto überwiesen wurden. Indem ich nochmals für Ihre Bemühungen herzlich danke, begrüsst Sie,

mit vorzüglicher Hochachtung

Koch

DM 50 -

G. Adolph

Georg Adolph

Georg Adolph

1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

A

A

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

1. 1. 1811

Adolph

28. Jan. 1949.

ab 29.3.

Dr.R./S.
- 723 -

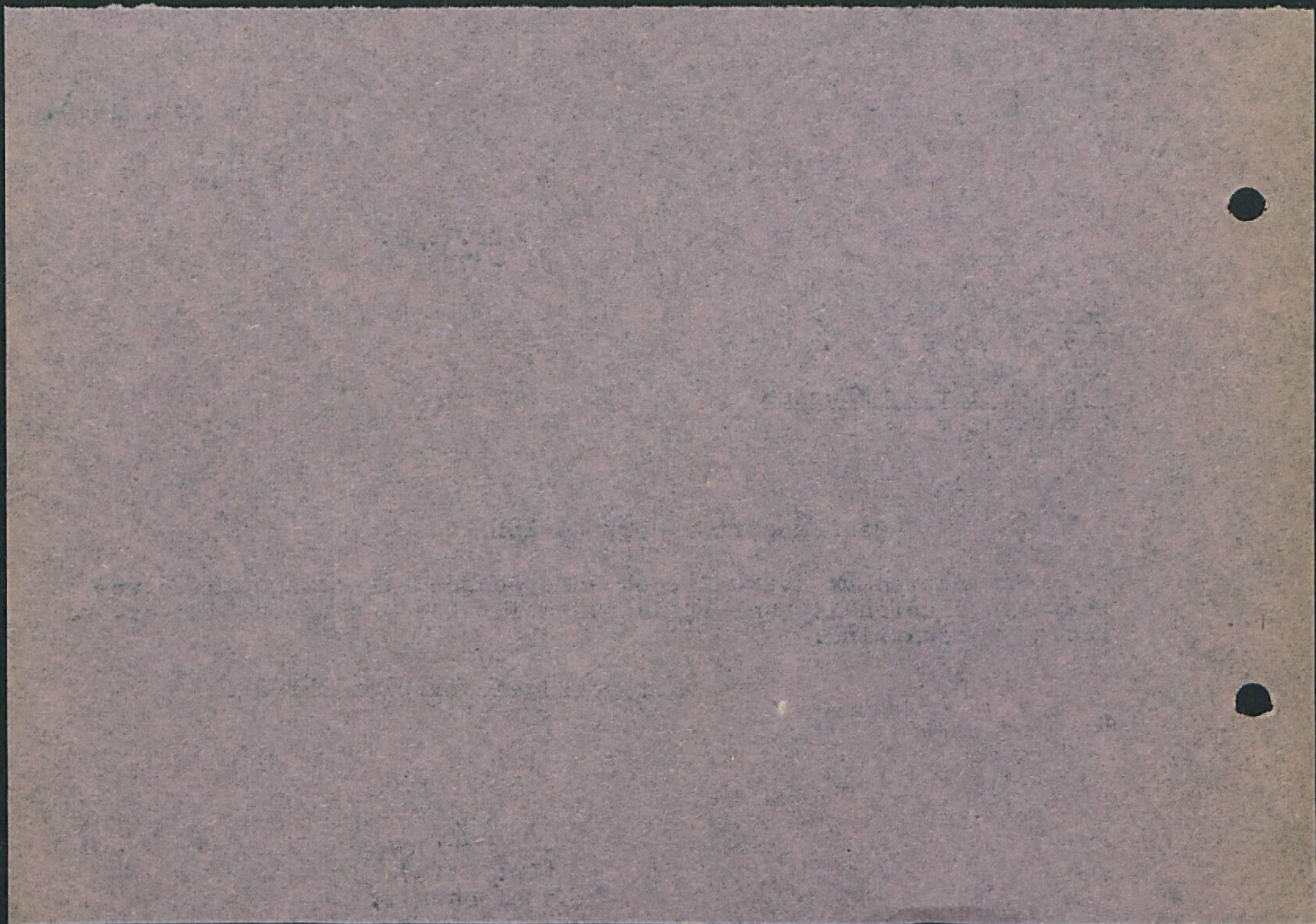
Herrn
Georg Adolph
Kaufmann
Schlitz /Hessen
Seelbude 26

Sehr geehrter Herr Adolph!

Wir bitten um Auskunft, ob Ihre Schadensersatzansprüche vom
Besatzungskostenamt nunmehr in einem für Sie günstigen Sinn er-
ledigt worden sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt,



Der Landrat
des Landkreises Lauterbach
Besatzungsamt

26. ✓ 4/1 ✓ R
(16) Lauterbach, den 14 Mai 1948
(Hessen) W.

723-
18. Mai 1948

Betr. Besatzungsschaden des Kaufmanns Georg Adolph, Schlitz, Seelbude 26

AN: Rechtsanwalt Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich, Heidelberg, Neuenheimer Landstr. 4.

Wir bestätigen den Empfang der Unterlagen des Schadensfalles Georg Adolph, Schlitz. Herr Adolph - auch Herr Kimpel - hatte s. Zt. den Schaden bei der amerikanischen CLAIMS OFFICE geltend gemacht. Die Claims OFFICE gab den Antrag mit allen Unterlagen an den Grundstücksoffizier weiter.

Bei Übernahme der CLAIMS OFFICE durch unser Besatzungskostenamt fanden sich keinerlei Unterlagen noch Vermerke in den Akten über den Schadensantrag Georg Adolph, sonst wäre der Antrag zusammen mit allen anderen Grundstücksangelegenheiten, wie damals in vielen Fällen geschehen, längst erledigt worden. In der Annahme, dass es sich bei Herrn Adolph und auch Herrn Kimpel, um irreguläre Requisitionen gehandelt habe, entstand bei uns die Meinung, dass der Schaden zum 1.3.1947 hätte gemeldet werden müssen, denn Grundstücksangelegenheiten waren in der Regel vom Claims OFFICE uns zur Bearbeitung übersandt worden.

Aus diesen Gründen erklärt sich der Irrtum, durch den die Bearbeitung der Schadensfälle Kimpel und Adolph erst jetzt zum Abschluss kommen kann.

i. A. des Landrates

Weisswange
Weisswange

127A

~~127A~~

8.5.48.

R./S.
- 723 -

Herrn
Georg Adolph

Schlitz / Hessen
Seelbude 26

Sehr geehrter Herr Adolph!

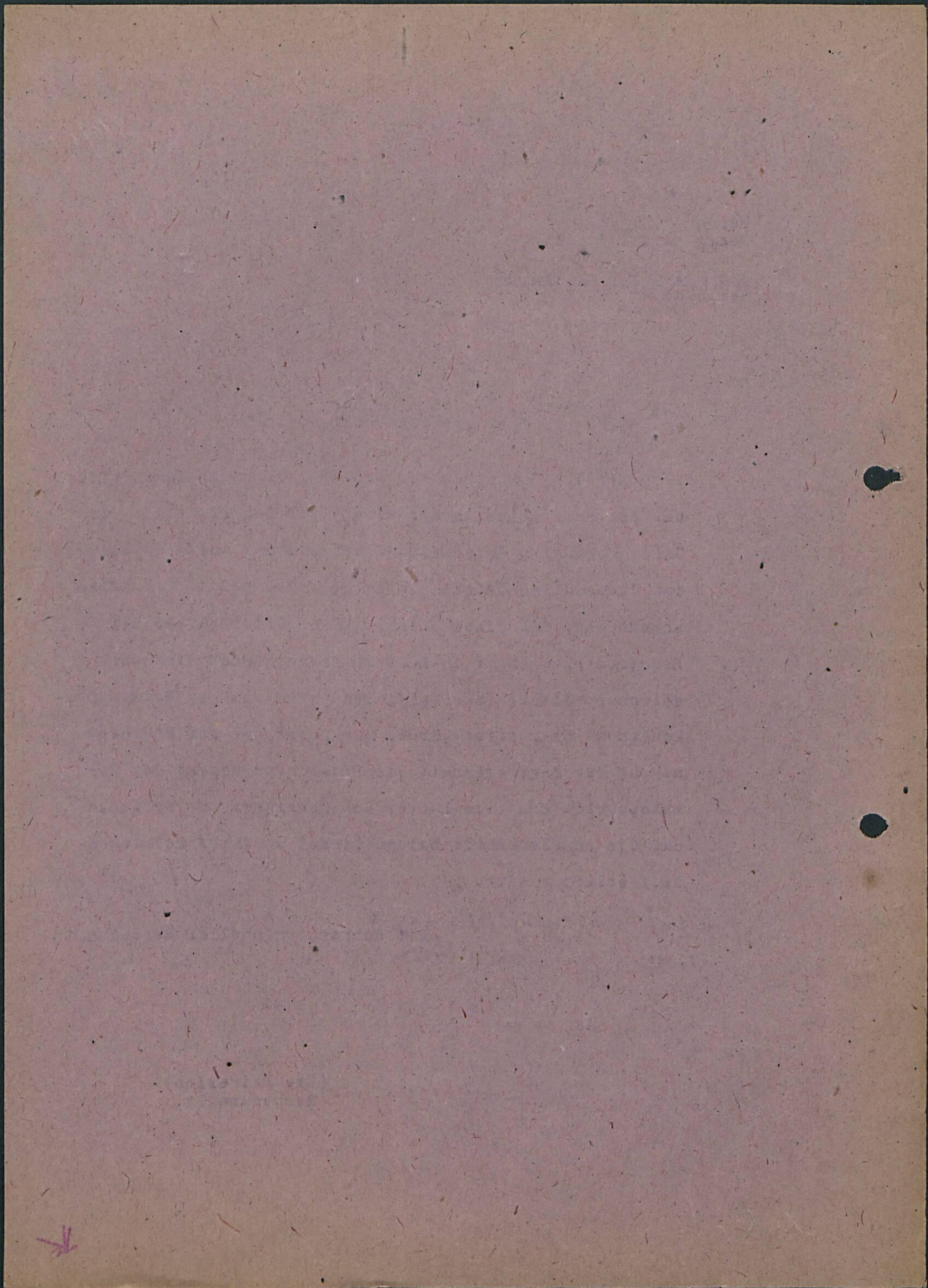
Auf Ihr Schreiben vom 2.5.48 teilen wir Ihnen mit, daß der Herr Regierungspräsident von Darmstadt mit der Ihnen bekannten Entscheidung vom 24.3.48 uns auch die ihm übersandten Unterlagen zurückgegeben hat. Wir haben angenommen, daß diese Unterlagen in Original bei dem Besatzungskostenamt in Lauterbach vorhanden sind und daß ohne weiteres das Verfahren jetzt von dem Besatzungskostenamt bearbeitet würde. Wir haben nun zur Beschleunigung der Angelegenheit die Unterlagen direkt dem Besatzungskostenamt in Lauterbach übersandt und hoffen, daß die Angelegenheit baldmöglichst zu Ihrer Zufriedenheit erledigt wird.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

A. G.

16



8.5.48.

R./S.
- 723 -

An das
Besatzungsamt
des Herrn Landrats des Landkreises Lauterbach
L a u t e r b a c h / Hessen

Betr.: Besatzungsschaden des Kaufmanns Georg A d o l p h ,
Schlitz, Seelbude 26.

„ Unser Mandant, Herr Georg Adolph, hat bereits am 2.2.46 eine Aufstellung seines Schadens, der ihm durch die Beschlagnahme seines Anwesens, Seelbude 26 in Schlitz, in der Zeit vom 8.5. bis 14.9.45 durch die amerikanischen Truppen entstanden ist, überreicht. Unterlagen befinden sich bei Ihrem Akt. Im September 1947 wurde ihm vom dortigen Amt mitgeteilt, daß sein Schadensfall nicht mehr bearbeitet werden könne, weil er es versäumt habe, seine Forderung auf Grund des Erlasses des Hessischen Staatsministeriums über Schadensersatzanträge für Requisition bis spätestens 1.3.47 nochmals geltend zu machen. Auf unsere Beschwerde bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Darmstadt hat uns dieser mit Schreiben vom 24.3.48 mitgeteilt, daß er das dortige Amt zur Bearbeitung des Entschädigungsverfahrens angewiesen habe. Bei einer Versprache unseres Mandanten zu Beginn dieses Monats wurde

ihm mitgeteilt, es befänden sich beim dortigen Amt keine Unterlagen. Da wir im Besitz der Abschriften sämtlicher Unterlagen sind, übersenden wir dieselben zur Kenntnisnahme und mit der Bitte, den Schadensfall baldmöglichst zu bearbeiten.

Anlagen

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt:

lt.

- 723 -

Georg Adolph

TEXTILIEN / EINZELMÖBEL

Herrn

Dr. H. Heimerich,

Heidelberg.

Bankkonto:
Kreissparkasse Schlitz 242

Postscheckkonto:
Frankfurt am Main 30462

① Schlitz, 2.5.48.
Seelbude 26

Sehr geehrter Herr Doktor!

5. Mai 1948

Antwortlich Ihres Geehrten vom 5.4.48. teile ich Ihnen höflichst mit, dass ich heute bei dem Besatzungsamte Lauterbach wegen meinem Entschädigungsverfahren vorstellig geworden bin, da ich bis jetzt in meiner Angelegenheit noch nichts von genanntem Amte gehört habe.

Die Leiterin des Besatzungsamtes erklärte mir, dass in meiner Sache auch noch nichts geschehen könne, da sie ja bis heute noch nicht im Besitze meiner Unterlagen sei und ich dafür Sorge tragen müsse, dass sie unverzüglich in den Besitz der Aufstellung meiner Schadensersatzansprüche gelange.

Ich vermute, dass meine Unterlagen bei dem Herrn Regierungspräsidenten Abt. II - Finanzen liegen geblieben sind und wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie deren Weiterleitung zu dem Besatzungsamt Lauterbach veranlassen würden.

Indem ich Ihnen für eine baldgefl. Erledigung im voraus bestens danke, begrüsst Sie

mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebener

G. Adolph

1. History

176.1
5.4.48.

R./S.
- 723 -

ab 6.4.
8.

Herrn
Georg Adolph

Schlitz / Hessen
Seelbude 26

Sehr geehrter Herr Adolph!

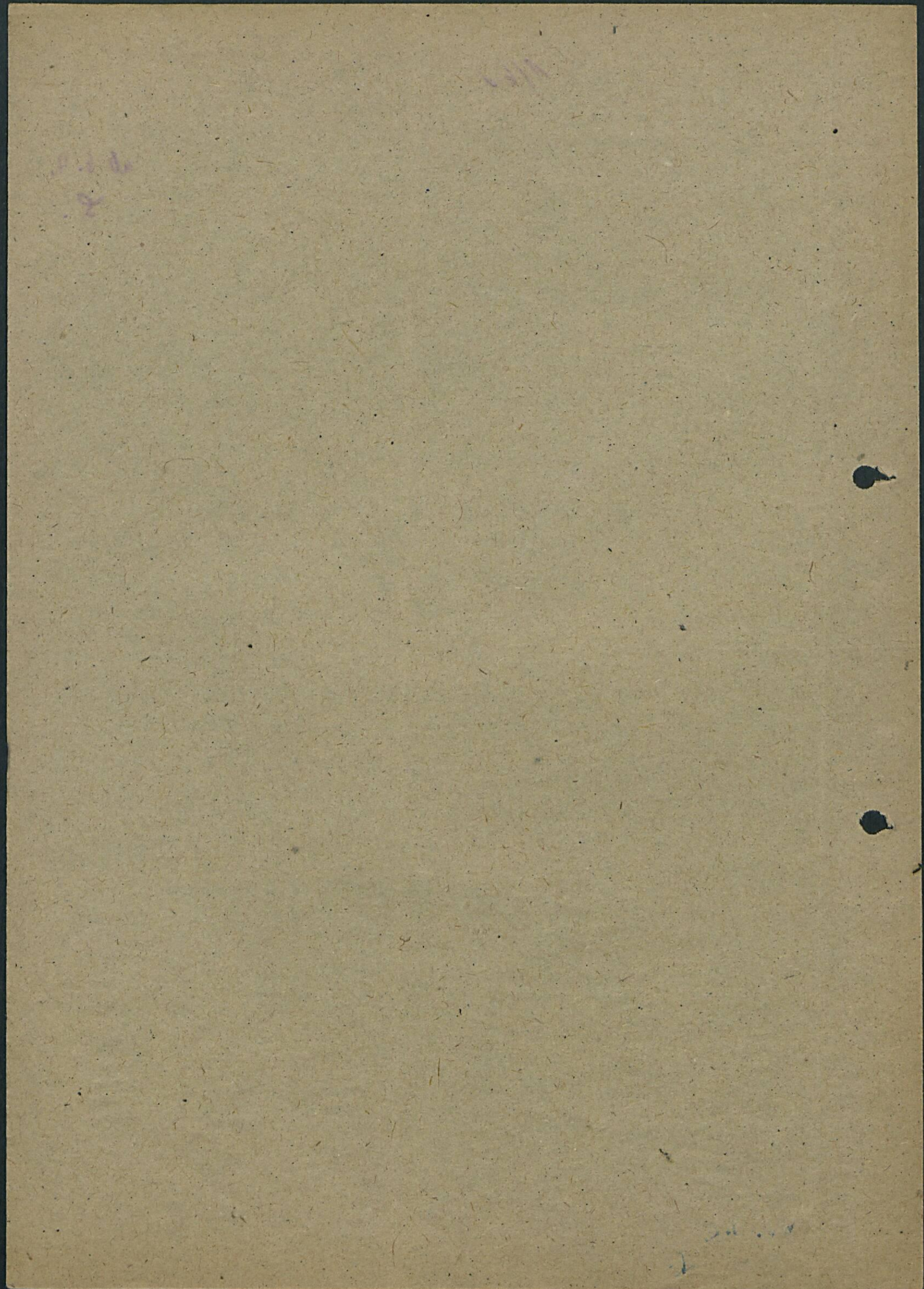
Auf unseren Antrag hin hat der Herr Regierungspräsi-
dent in Darmstadt - Feststellungsbehörde - das Besatzungs-
kostenamt des Herrn Landrats des Landkreises Lauterbach
angewiesen, das Entschädigungsverfahren in Ihrer Schadens-
fälle durchzuführen, vorausgesetzt, daß die erstmalige An-
meldung des Vergütungsanspruches fristgemäß erfolgt ist.

Wir nehmen an, daß Sie von dem Besatzungskostenamt
in Lauterbach demnächst eine Entscheidung erhalten werden,
und wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns hiervon Kenntnis
geben würden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

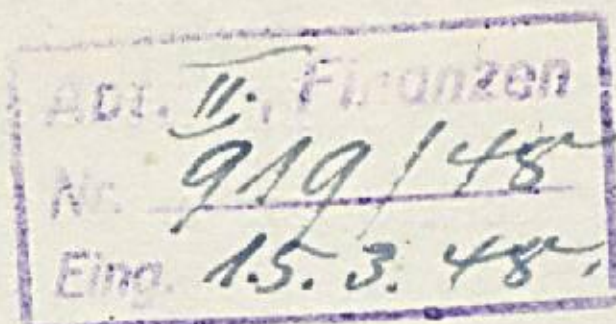
(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

Wv. 1.6.



Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt



HEIDELBERG, den 11. März 1948
Büro: Neuenheimer Landstraße 4
Telefon 45 65
Wohnung: Moltkestraße 33a
Bankkonto: Südwestbank, Heidelberg

R./Sch.

- 723 -

An den

Herrn Regierungspräsidenten
Abt. II - Finanzen

in Darmstadt

Betrifft: Besetzungsschäden des Kaufmanns Georg Adolph,
Schlitz(Hessen), Seelbude 26.

Wir haben die Vertretung des Obengenannten
übernommen. Herr Adolph ist Eigentümer des Hauses
Seelbude 26 in Schlitz(Hessen), das vom 8.5. bis
14.9.1945 ununterbrochen von amerikanischen Truppen
belegt war. Hierbei ist ihm erheblicher Schaden zu-
gefügt worden, dessen Umfang und Höhe wir aus dem
anliegenden Antrag auf Gewährung einer Entschädigung
zu entnehmen bitten. Unser Mandant reichte am 2. Fe-
bruar 1946 eine Aufstellung seiner Schadensersatz-
ansprüche bei dem Besatzungsamt in Lauterbach ein
(vergl. § 3 der VO. über die Vergütung von Besatzungs-
leistungen und Vermögensschäden durch den Staat Groß-
hessen vom 20. Dezember 1945) und erkundigte sich in
der Folgezeit wiederholt nach dem Stand der Angelegen-
heit. Dabei erhielt er mehrfach die Auskunft, der
Antrag sei in Bearbeitung, und er könne mit einer
baldigen Entscheidung rechnen. Bei erneuter Vorspra-
che im September des vergangenen Jahres wurde ihm zu
seiner großen Überraschung mitgeteilt, daß sein Scha-
densfall nicht mehr bearbeitet werden könne, weil er
es versäumt habe, seine Forderung auf Grund des Er-
lasses des Hessischen Staatsministeriums über Scha-
densersatzanträge für Requisitionen (ohne Ausfertigungs-

datum im Mitteilungsblatt des Landrats des Landkreises Lauterbach vom 17. Februar 1947 veröffentlicht) bis spätestens 1. März 1947 nochmals geltend zu machen.

Der genannte Erlass gibt in rechtlicher Hinsicht zu mehrfachen Bedenken Anlass. Es heisst dort:

"Schadensersatzanträge, die sich auf Requisitionen ohne schriftlichen Requisitionsbefehl vor dem 1. März 1946 beziehen und bereits bei einer anderen als der zuständigen Dienststelle angemeldet wurden und auf die bis jetzt eine Entscheidung nicht ergangen ist, müssen bei Vermeidung des Anspruchverlustes auf Entschädigung bis spätestens zum 1. März 1947 bei der zuständigen Feststellungsbehörde oder der Gemeindebehörde des Leistungsortes (Besatzungsamt Lauterbach) schriftlich oder zu Protokoll erfolgen."

Wir sind zunächst der Ansicht, daß unser Mandant zu einer nochmaligen Anmeldung seiner Ansprüche überhaupt nicht verpflichtet war, da er seinen Schaden von vornherein bei der richtigen Stelle angemeldet hatte. Die Anmeldung war beim Besatzungsamt Lauterbach erfolgt. Diese Stelle ist heute noch für die Regelung sämtlicher Schadensersatzanträge zuständig. Außerdem erscheint es höchst zweifelhaft, ob mit Erlass des Hessischen Staatsministeriums überhaupt die Geltendmachung eines Besatzungsschadens ausgeschlossen werden konnte; danach Anfragen bei verschiedenen Besatzungskostenämtern der amerikanischen Zone noch keine Ausschlussfristen für Ansprüche an die Besatzungsmächte festgelegt worden sind (vergl. Betriebs-Berater 1947 S. 350).

Aber selbst wenn der Erlass auf den Fall unseres Mandanten zutreffen würde, müßte man ihm Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewähren, weil der Erlass zu Missverständnissen offensichtlich Anlass gibt.

Wir beantragen daher,

das Besatzungsamt Lauterbach mit der Bearbeitung des Schadensfalles zu beauftragen.

Zur leichteren Information fügen wir außer einer

11/919/48

- 2 -

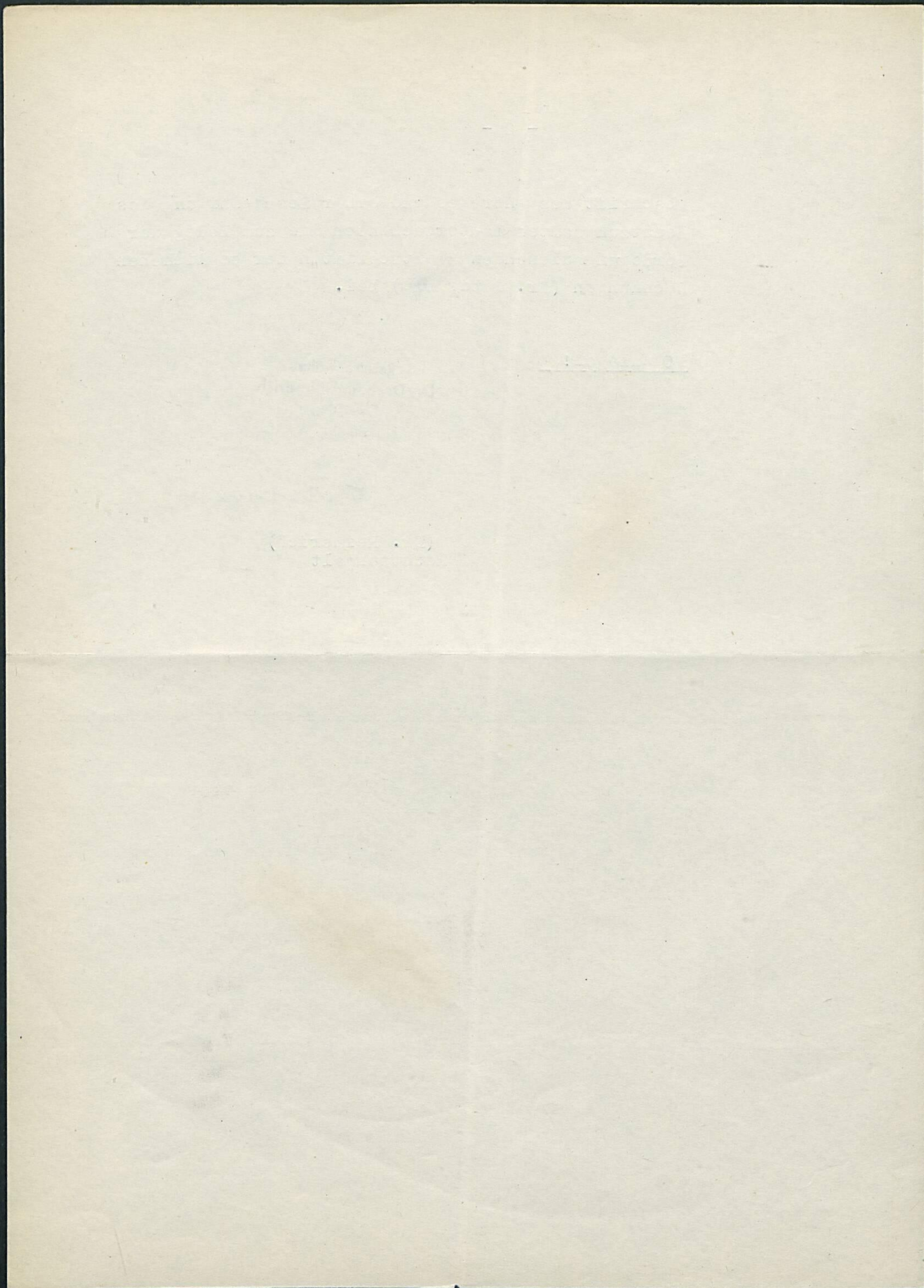
Abschrift des Antrages und einer Bescheinigung des
Besatzungsamtes Lauterbach noch die zum Beleg der
Forderung dienenden Zweitschriften der beglichenen
Rechnungen (Nr. 1 bis 18) bei.

10 Anlagen!

Rechtsanwälte
Dr. Dr. h. c. Heimerich
Dr. Otto
durch:

A. Heimerich

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt



Der Regierungspräsident Darmstadt

Abteilung II, Finanzen
-Feststellungsbehörde-

⑩ Darmstadt, den 24.3.1948
Rheinstraße 62 - Fernspr. Nr. 741

Nr. II /919/48

bei allen Antworten anzugeben.

Betr.: Besatzungsschaden des Kaufmanns Georg Adolph, Schlitz, Seelbude 26.

An die

Herren Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
und Dr. Heinz G. C. Otto, Rechtsanwälte,

Heidelberg

Neuenheimer Landstrasse 4

30. März 1948

-Auf Ihr Schreiben vom 11.3.1948 -

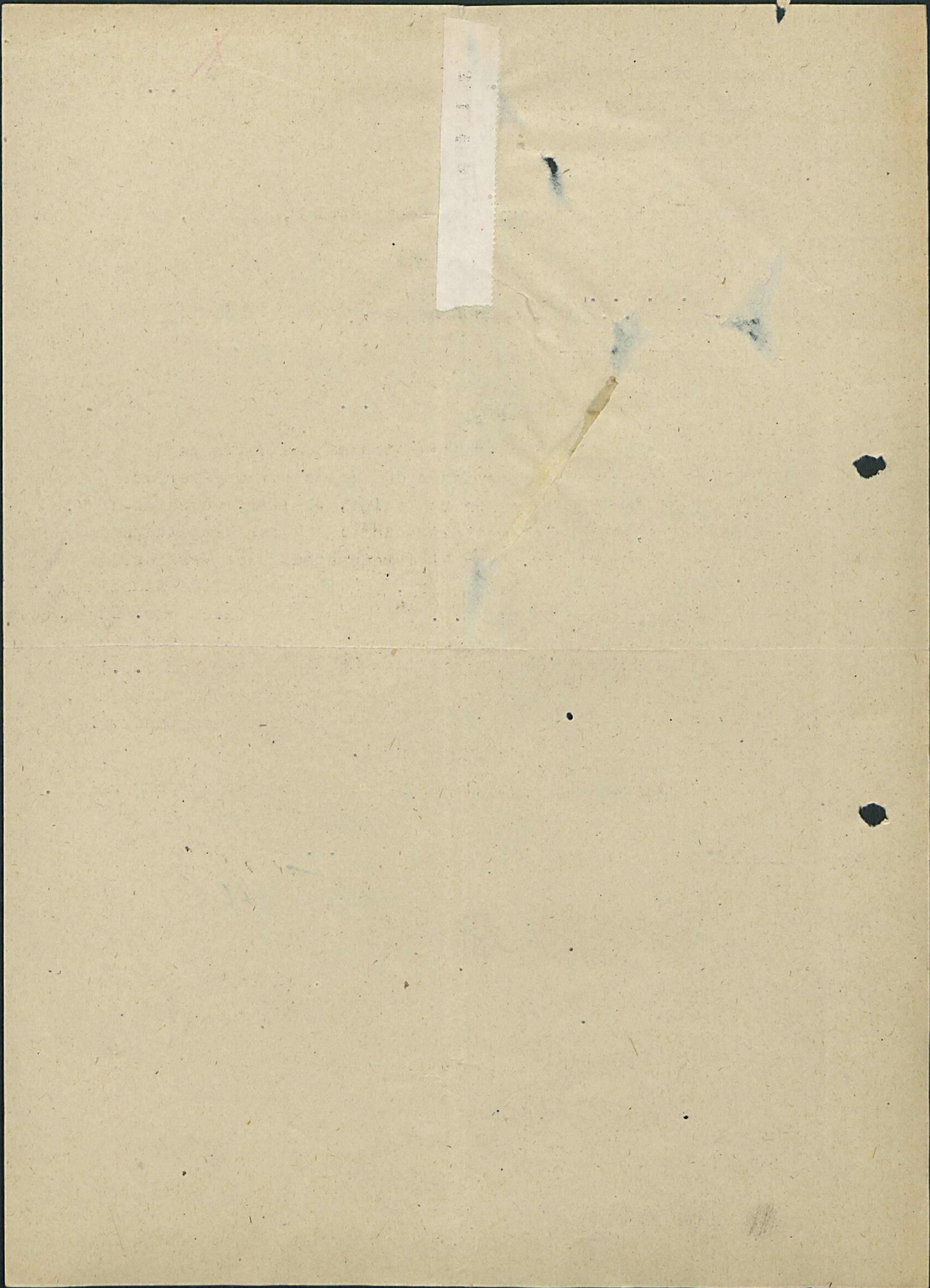
Ich habe heute das Besatzungskostenamt des Herrn Landrats des Landkreises Lauterbach angewiesen, das Entschädigungsverfahren im Schadensfall des Kaufmanns Georg Adolph, Schlitz, durchzuführen, vorausgesetzt, dass die erstmalige Anmeldung des Vergütungsanspruchs fristgemäss erfolgt ist. Eine Wiedereinsetzung des Verfahrens in den vorigen Stand erübrigt sich, da eine nochmalige Anmeldung des Vergütungsanspruchs zum 1.3.47 nicht erforderlich war. Die Neuankündigung noch nicht abgewickelter Schadensfälle bezog sich seiner Zeit nur auf irreguläre Requisitionsforderungen vor dem 1.3.1946 und nicht auch auf Forderungen aus beschlagnahmten Grundstücken, wie es vom Besatzungskostenamt des Herrn Landrats des Landkreises Lauterbach irrtümlich angenommen wurde.

Die mir übersandten Unterlagen werden anliegend zurückgereicht.

Anlagen

I. A.

Gömpel



Der Landrat
des Landkreises Lauterbach
Besatzungsamt

(16) Lauterbach, den
(Hessen)
Bo.

17919/48
16. Dezember 1947

Betr.: Besatzungsschäden.

Hiermit wird Herrn Georg A d o l p h, Schlitz, bescheinigt, dass sein Antrag auf Begleichung der ihm durch amerikanische Truppen entstandenen Schäden nicht mehr angenommen werden kann, da der uns gestellte Termin verstrichen ist. Für alle bei amerikanischen Dienststellen gemeldeten Schäden, für die eine Begleichung noch nicht erfolgt ist, war bis zum 1. März 1947 eine Neuankmeldung bei den zuständigen Besatzungsämtern notwendig. (Schreiben des Regierungspräsidenten Darmstadt, Abtlg. II, Finanzen, Nr. II 676/47 vom 3.2.1947)



Weisswange
Weisswange

1. 1. 1947

2. 2. 1947

3. 3. 1947

4. 4. 1947
5. 5. 1947
6. 6. 1947
7. 7. 1947
8. 8. 1947
9. 9. 1947
10. 10. 1947
11. 11. 1947
12. 12. 1947

13. 13. 1947

14. 14. 1947

11. März 1948

24. /
Abschr. f. Herrn Adolph

ab 13/3.
R./Sch.

- 723 -

An den

Herrn Regierungspräsidenten
Abt. II - Finanzen

in Darmstadt

Betrifft: Besatzungsschaden des Kaufmanns Georg Adolph,
Schlitz(Hessen), Seelbude 26

Wir haben die Vertretung des Obengenannten
übernommen. Herr Adolph ist Eigentümer des Hauses
Seelbude 26 in Schlitz(Hessen), das vom 8.5. bis
14.9.1945 ununterbrochen von amerikanischen Truppen
belegt war. Hierbei ist ihm erheblicher Schaden zu-
gefügt worden, dessen Umfang und Höhe wir aus dem
anliegenden Antrag auf Gewährung einer Entschädigung
zu entnehmen bitten. Unser Mandant reichte am 2. Fe-
bruar 1946 eine Aufstellung seiner Schadensersatz-
ansprüche bei dem Besatzungsamt in Lauterbach ein
(vergl. § 3 der VO. über die Vergütung von Besatzungs-
leistungen und Vermögensschaden durch den Staat Groß-
hessen vom 20. Dezember 1945) und erkundigte sich in
der Folgezeit wiederholt nach dem Stand der Angelegen-
heit. Dabei erhielt er mehrfach die Auskunft, der
Antrag sei in Bearbeitung und er könne mit einer
baldigen Entscheidung rechnen. Bei erneuter Vorspra-
che im September des vergangenen Jahres wurde ihm zu
seiner großen Überraschung mitgeteilt, daß sein Scha-
densfall nicht mehr bearbeitet werden könne, weil er
es versäumt habe, seine Forderung auf Grund des Er-
lasses des Hessischen Staatsministeriums über Scha-
densersatzanträge für Requisitionen (ohne Ausfertigung

datum im Mitteilungsblatt des Landrats des Landkreises Lauterbach vom 17. Februar 1947 veröffentlicht) bis spätestens 1. März 1947 nochmals geltend zu machen.

Der genannte Erlass gibt in rechtlicher Hinsicht zu mehrfachen Bedenken Anlass. Es heisst dort:

"Schadensersatzanträge, die sich auf Requisitionen ohne schriftlichen Requisitionsbefehl vor dem 1. März 1946 beziehen und bereits bei einer anderen als der zuständigen Dienststelle angemeldet wurden und auf die bis jetzt eine Entscheidung nicht ergangen ist, müssen bei Vermeidung des Anspruchverlustes auf Entschädigung bis spätestens zum 1. März 1947 bei der zuständigen Feststellungsbehörde oder der Gemeindebehörde des Leistungsortes (Besatzungsamt Lauterbach) schriftlich oder zu Protokoll erfolgen."

Wir sind zunächst der Ansicht, daß unser Mandant zu einer nochmaligen Anmeldung seiner Ansprüche überhaupt nicht verpflichtet war, da er seinen Schaden von vornherein bei der richtigen Stelle angemeldet hatte. Die Anmeldung war beim Besatzungsamt Lauterbach erfolgt. Diese Stelle ist heute noch für die Regelung sämtlicher Schadensersatzanträge zuständig. Außerdem erscheint es höchst zweifelhaft, ob mit Erlass des Hessischen Staatsministeriums überhaupt die Geltendmachung eines Besatzungsschadens ausgeschlossen werden konnte; ~~Dah~~nach Anfragen bei verschiedenen Besatzungskostenämtern der amerikanischen Zone noch keine Ausschlussfristen für Ansprüche an die Besatzungsmächte festgelegt worden sind (vergl. Betriebs-Berater 1947 S. 350).

Aber selbst wenn der Erlass auf den Fall unseres Mandanten zutreffen würde, müßte man ihm Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewähren, weil der Erlass zu Missverständnissen offensichtlich Anlass gibt.

Wir beantragen daher,

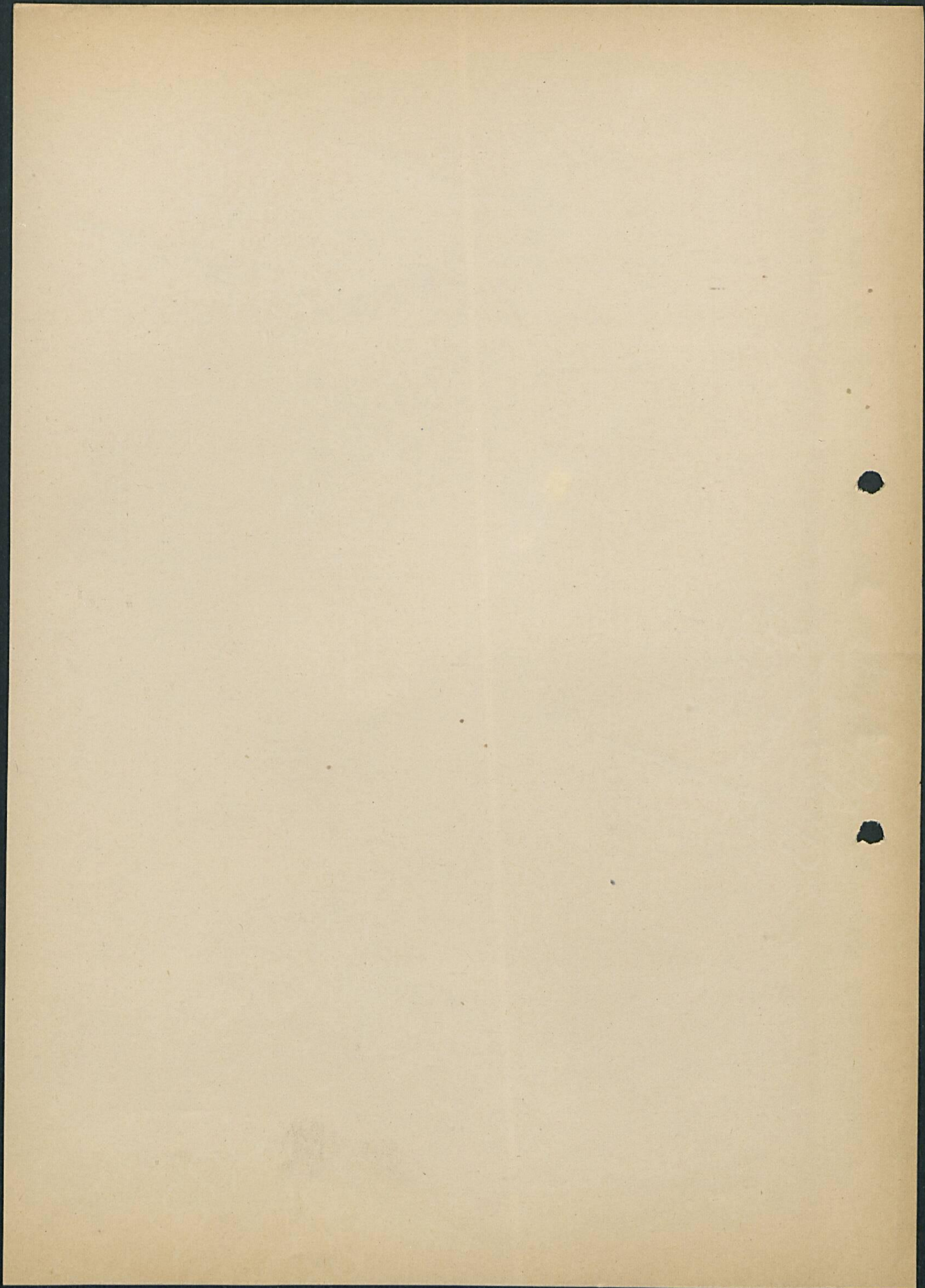
das Besatzungsamt Lauterbach mit der Bearbeitung des Schadensfalles zu beauftragen.

Zur leichteren Information fügen wir außer einer

Abschrift des Antrages und einer Bescheinigung des
Besatzungsamtes Lauterbach noch die zum Beleg der
Forderung dienenden Zweitschriften der beglichenen
Rechnungen (Nr. 1 bis 82) bei.

10 Anlagen!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt



Abschrift.

Der Landrat des Landkreises Lauterbach
Besatzungsamt

(16) Lauterbach, den 16. Dez 1947
(Hessen)
Bo.

Betr.: Besatzungsschäden.

Hiermit wird Herrn Georg A d o l p h, Schlitz, bescheinigt,
dass sein Antrag auf Begleichung der ihm durch amerikanische
Truppen entstandenen Schäden nicht mehr angenommen werden kann,
da der uns gestellte Termin verstrichen ist. Für alle bei ame-
rikanischen Dienststellen gemeldeten Schäden, für die eine
Begleichung noch nicht erfolgt ist, war bis zum 1. März 1947
eine Neuankündigung bei den zuständigen Besatzungsämtern not-
wendig. (Schreiben des Regierungspräsidenten Darmstadt, Abtlg.
II, Finanzen, Nr. II 676/47 vom 3.2.1947).

(Siegel)

gez. Weisswange
Weisswange

(1)

(1)